

Die Tagung der Hamburger Geschichtswerkstätten am 17. November 2018: **„Gedenkstätte und Lernort Stadthaus – was ist uns das wert?“**

Der Verband der Geschichtswerkstätten in Hamburg hatte am Sonnabend, 17.11.2018, zu einer Tagung zum Stadthaus eingeladen. Gekommen waren 60 Besucherinnen und Besucher. Sie hörten sich Referate und eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema an.

Zunächst stellte Herbert Diercks, Ausstellungskurator der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, mit eindrucksvollen Bildern noch einmal die Bau- und Nutzungsgeschichte des Stadthauskomplexes dar. Danach betonte Wolfgang Kopitzsch, Vorsitzender des Arbeitskreises ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), die enorme Bedeutung des Stadthaus als Sitz aller wichtigen Abteilungen der Polizei schon in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik, vor allem aber in der Zeit des Nationalsozialismus. Von hier aus wurden Verfolgung und Terror in ganz Norddeutschland organisiert und von hier aus wurden die Polizeibataillone in die von der Wehrmacht besetzten Gebiete geschickt, wo sie ihren Anteil zur Judenvernichtung beitrugen.

Lennart Hellberg, Architekt und Mitglied im Vorstand des Hamburger Denkmalvereins, beschrieb an einer Reihe von Beispielen den schwierigen und zum Teil auch problematischen Umgang der Stadt Hamburg mit ihren Denkmälern. Hierbei bezog er sich vor allem auf Baudenkmäler aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Danach beschrieb der Sozialwissenschaftler Bernhard Gierds den Werdegang und die heutige Ausgestaltung des NS-Dokumentationszentrums „EL-DE-Haus“ in Köln. Er selbst war einige Zeit dort mit dem Aufbau einer Ausstellung befasst. Hierbei wurde sehr eindrucksvoll deutlich, wie attraktiv ein Gedenkort sein kann, wenn genügend Raum, Mittel und Personal zur Verfügung gestellt werden.

Nach der Pause griff Ulrich Henschel, Pastor im Ruhestand, mit der Fragestellung „was ist uns das Gedenken wert“ das Motto dieser Tagung auf. Unter diesem Gesichtspunkt wies er auf den geschichtsvergessenen Umgang von Senat und Quantum mit diesem Ort hin. Er machte darauf aufmerksam, wie viel Geld die Stadt Hamburg bereit ist, für die Sanierung des Bismarck-Denkmal oder die Rettung historischer Schiffe auszugeben, während man beim Stadthaus in erster Linie bemüht sei, durch Privatisierung des Gedenkens Kosten zu vermeiden.

Auf dem Podium saßen dann Wolfgang Kopitzsch (AvS), Georg Chodinski (VVN-BdA), Farid Müller (Grüne), Norbert Hackbusch (Linke) und Dietrich Wersich (CDU). Moderiert wurde die Diskussion von dem Historiker Dr. Jürgen Bönig. Dietrich Wersich verteidigte im Wesentlichen die jetzige Lösung, auch wenn er manches vielleicht anders gemacht hätte. Bemerkenswert war aber, dass es offensichtlich ein Hauptanliegen von ihm war, den Protest und die Schaffung von Öffentlichkeit zu diskreditieren. Auch Farid Müller kritisierte die Mahnwachen und betonte mehrfach, dass man mit der Öffnung der Stadthöfe und der Verbreiterung des Bürgersteiges doch schon eine Menge erreicht habe. Außerdem stellte er in Aussicht, dass eine volle Stelle für die Betreuung des Geschichtsortes bewilligt werden solle. Norbert Hackbusch kritisierte, dass eine solche Stelle nichts an den räumlichen Verhältnissen ändere und teilte im Wesentlichen die Positionen der Kritiker*innen der jetzigen Lösung. Er verwies auf die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses am 4. Dezember, bei der das Stadthaus auf der Tagesordnung stehe. Georg Chodinski betonte, dass nur durch die Proteste und durch die Öffentlichkeitsarbeit so viel Druck aufgebaut worden sei, dass sich Senat und Bürgerschaft überhaupt mit diesem Thema beschäftigen. Wolfgang Kopitzsch verwies noch einmal auf die enorme Bedeutung dieses Ortes, vor allem auch für die Kinder und Enkelkinder derer, die dort gefoltert, misshandelt oder umgebracht worden sind.

Leider war die Kulturbehörde nicht vertreten, sie hatte schon im September ihre Teilnahme mit der Begründung abgesagt, dass *„eine ausgewogene Debatte angesichts der Besetzung unwahrscheinlich erscheint“*. Und das zu einem Zeitpunkt, als noch gar nicht klar war, dass die kulturpolitische Sprecherin der SPD aus Termingründen nicht teilnehmen konnte. Die Podiumsdiskussion hätte sicher noch einiges an Schärfe gewonnen, wenn Vertreter*innen der Kulturbehörde und/oder der SPD teilgenommen hätten.

Uwe Leps